

STARKE FRAUEN. STARKES LAND.

„Frauen.Leben – Frauenstrategie für
Oberösterreich 2030“

HANDLUNGSFELD 8
WERTSCHÄTZUNG UND FRAUENSOLIDARITÄT

UNSERE HANDLUNGSFELDER

1. | Beruf und finanzielle
Absicherung

2. | Familie, Kinderbetreuung und
Pflege von Angehörigen

3. | Frauen in politischen,
wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
Schlüsselpositionen

4. | Frauen in der
Wissenswelt

5. | Frauen im
ländlichen Raum

6. | Frauen und
Gesundheit

7. | Frauen in den
Medien

8. | Wertschätzung und
Frauensolidarität

A close-up photograph of two young women laughing joyfully. The woman on the left has voluminous curly hair and is wearing a blue denim shirt with sunglasses tucked into the collar. The woman on the right has long, wavy hair and is also smiling broadly. They are outdoors, with a blurred background of greenery and a building. The text 'VIELFALT LEBEN. GLEICH WERTSCHÄTZEND.' is overlaid in white, bold, sans-serif capital letters across the center of the image.

VIELFALT
LEBEN.
GLEICH
WERT-
SCHÄTZEND.

8.

WERTSCHÄTZUNG UND FRAUENSOLIDARITÄT

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN (ZIELE):

FRAUEN FÜHLEN SICH SICHER IM ÖFFENTLICHEN RAUM.

Medienberichte beeinflussen das Sicherheitsgefühl. Im letzten Jahr haben Berichte über Übergriffe auf Frauen in der Öffentlichkeit zugenommen. Frauen sollen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen.

FRAUENSOLIDARITÄT IST GELEBTE REALITÄT.

Die Zahl der Frauennetzwerke und der Frauen, die sich darin engagieren, ist auch in Oberösterreich im Steigen. Dennoch werden verschiedene Lebensmodelle von Frauen immer wieder in Konkurrenz zueinander gesetzt. Das erschwert das Erreichen gemeinsamer Ziele. Die Erfahrung von Solidarität muss daher über das eigene Lebensmodell hinausgehen.

UNSERE MASSNAHMEN

- Bewusstseinsbildung, dass Mädchen und Frauen sich im öffentlichen Raum sicher bewegen können
- Unterstützung von Mädchen und Frauen, die von Sexismus bzw. Gewalt betroffen sind
- Gewaltprävention und Gewaltschutz sicherstellen
- Interministerielle Arbeitsgruppe NAP gegen Gewalt an Frauen fortsetzen
- Härtere Strafen bei Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung
- Netzwerke stärken und neue auf den Weg bringen
- Frauensolidarität für die Vielfalt der Lebensmodelle fördern
- Erhöhte Aufmerksamkeit für Frauen in besonderen Situationen (wie beispielsweise Alleinerziehende, Frauen mit Betreuung- bzw. Pflegeaufgaben, Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Beeinträchtigungen)

WERTSCHÄTZUNG UND FRAUENSOLIDARITÄT

Bewusstseinsbildung, dass Mädchen und Frauen sich im öffentlichen Raum sicher bewegen können

Mädchen und Frauen sollen verstärkt informiert werden, wie Frauen potenzielle Gefahrensituationen meiden und durch einfache Maßnahmen ihre Sicherheit erhöhen können. Ob in Menschenmengen, alleine im Park oder bei Großveranstaltungen – jede Frau in Oberösterreich soll sich sicher fühlen. Weiters soll es schärfere Maßnahmen bei Belästigung geben.

Bürgerinnen und Bürger können auch zur Sicherheit beitragen. Sie können zum Beispiel gefährlich erscheinende, etwa unbeleuchtete Straßenstücke bei einem Gemeindeamt oder beim Bürgerdienst bekannt geben.

Unterstützung von Mädchen und Frauen, die von Sexismus bzw. Gewalt betroffen sind

Zu verschärften Maßnahmen bei sexueller Belästigung trägt die Strafrechtsreform, die mit Jänner 2016 in Kraft getreten ist, bei. Durch die Neuformulierung des Paragraphen „Sexuelle Belästigung und öffentliche geschlechtliche Handlungen“ (§ 218 StGB) ist laut aktueller Kriminalstatistik die Zahl der Anzeigen von 1.228 im Jahr 2015 um über 56 Prozent auf 1.918 im Jahr 2016 gestiegen. Sexuelle Belästigung darf nicht bagatellisiert werden. Wie präsent sie ist, zeigt die Kampagne „#MeToo“. Sie ist auch ein Beispiel, welche Wirkung die Vernetzung von Frauen und Frauensolidarität haben kann. Jede Frau kann Opfer von Gewalt werden – in allen Altersstufen, sozialen Schichten und Kulturen sowie in den verschiedensten Lebenssituationen. Zwei von drei Übergriffen geschehen in der Familie und im sozialen Nahraum durch Ehemänner, Lebensgefährten, Väter, Stiefväter etc. Dieses Thema betrifft alle sozialen Schichten unserer Gesellschaft.

Nein zu Gewalt an Frauen! Wichtig ist, dass die Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft Übergriffe und Gewalt an Frauen in keinsten Art und Weise toleriert. Von Seiten der Politik werden auch höhere Strafen für Gewalt an Frauen und Kindern angeordnet.

Gewaltprävention und Gewaltschutz sicherstellen

Gewalt im privaten Umfeld wird nicht weniger, im Gegenteil, die Zahl der Wegweisungen steigt. Dazu kommen neue Formen von Gewalt gegen Frauen in den sozialen Medien. Das Engagement zur Bekämpfung körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt darf nicht nachlassen, auch wenn Frauen sich immer selbstbewusster dagegen zur Wehr setzen. Es ist auch Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, immer wieder öffentlich dagegen aufzutreten und damit zu signalisieren, dass solche Verhaltensweisen nicht toleriert werden.

Die Möglichkeit, polizeiliche Wegweisungen gegen Gefährder auszusprechen, wurde in Österreich mit dem Gewaltschutzgesetz 1997 eingeführt. Seither ist die Zahl der Betretungsverbote kontinuierlich gestiegen. Von 1449 im Jahr 1997 auf 8261 Betretungsverbote im Jahr 2015. Die Gewaltprävention und der Gewaltschutz müssen in Oberösterreich sichergestellt werden. Dazu braucht es auch die notwendigen Strukturen wie Gewaltschutzzentren, Frauenhäuser, Notwohnungen sowie Frauenberatungsstellen.

Interministerielle Arbeitsgruppe NAP gegen Gewalt an Frauen fortsetzen

Der „Nationale Aktionsplan zum Schutz von Frauen vor Gewalt“ 2014–2016 wurde von der interministeriellen Arbeitsgruppe „Schutz von Frauen vor Gewalt“ ausgearbeitet und am 26. August 2014 von der österreichischen Bundesregierung beschlossen. Mit dem NAP Gewalt gegen Frauen setzt Österreich wichtige Forderungen des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt um. Besonderes Augenmerk wurde auf die Realisierbarkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen gelegt.

WERTSCHÄTZUNG UND FRAUENSOLIDARITÄT

Nach Möglichkeit werden von der Bundesregierung aber darüber hinaus noch zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Diese interministerielle Arbeitsgruppe NAP gegen Gewalt an Frauen soll weiter fortgesetzt werden.

Härtere Strafen bei Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung

Durch die Zuwanderung kommen vor allem auch immer mehr Menschen aus Kulturkreisen zu uns, in denen mit der Problematik Gewalt gegen Frauen ganz anders umgegangen wird bzw. kaum ein Problembewusstsein dafür vorhanden ist. Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung kommen leider teilweise vor. Härtere Strafen bei Gewalt gegen Frauen soll diesem Phänomen vehement entgegenwirken. Gewalt gegen Frauen darf in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert werden.

Netzwerke stärken und neue auf den Weg bringen

Bestehende Netzwerke von und für Frauen sollen verstärkt in Kooperation, neue auf den Weg gebracht werden. Beispielsweise Netzwerke der weiblichen Führungskräfte des Landes Oberösterreich, der oberösterreichischen Unternehmen, von Aufsichtsrätinnen und Gemeinderätinnen. Durch neue Netzwerke sollen Frauen erreicht werden, die abseits des Karrierepfades bisher vernachlässigt wurden, man denke an Migrantinnen, Frauen mit Beeinträchtigungen, Frauen mit niedrigem Bildungs- und Einkommensniveau. Diese Netzwerke werden durch Veranstaltungen zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch aktiv unterstützt.

Frauensolidarität für die Vielfalt der Lebensmodelle fördern

Frauen leben heute sehr unterschiedliche Lebensmodelle, die man nicht als Konkurrenz um das beste Modell missverstehen darf. Es gibt Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, Frauen die gerne einige Zeit bei den Kindern zu Hause bleiben wollen, Alleinerziehende, Patchwork-Familien etc. Ein wechselseitiges Verständnis über die Unteilbarkeit von Frauenrechten, die Vorteile der Koopera-

tion von Frauen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und die Kraft der Weiterempfehlung sollen das große Schlagwort der Solidarität von Frauen mit Leben füllen.

Erhöhte Aufmerksamkeit für Frauen in besonderen Situationen (wie Alleinerziehende, Frauen mit Betreuungs- bzw. Pflegeaufgaben, Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Beeinträchtigungen)

Frauen in besonderen Lebenssituationen brauchen besondere Unterstützung. Die Bedürfnisse alleinerziehender Frauen, Frauen mit Betreuungs- bzw. Pflegeaufgaben oder Frauen mit behinderten Kindern sollen bei Fragen wie Gleichstellung im Beruf, Barrierefreiheit oder finanzielle Absicherung, beispielsweise in der Mindestsicherung, verstärkt in den Fokus genommen werden.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Büro Landesrätin Mag.^a Christine Haberlander, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz

Inhalt:

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Präsidium, Abteilung Frauenreferat,
Landhausplatz 1, 4021 Linz

Redaktion:

Dipl. Päd.ⁱⁿ Beate Zechmeister, MA
Dr.ⁱⁿ Gerlinde Stöbich B'VM
Dr.ⁱⁿ Christine Haiden, Welt der Frauen

Grafiken/Statistiken:

Land Oberösterreich; Abteilung Statistik
Umfragen: IMAS, Linz

Fotos:

Joachim Haslinger, Land OÖ./Franz Linschinger, Land OÖ, iStock.com/Geber86,
iStock.com/nito100, iStock.com/mediaphotos, iStock.com/alvarez, iStock.com/Georgijjevic,
iStock.com/AleksandarNakic, iStock.com/boggy22, iStock.com/vladans, iStock.com/filadendron;

Layout und Gestaltung:

upart Werbung & Kommunikation GmbH

Druck:

BTS Druckkompetenz GmbH

DVR:

0069264

www.frauenreferat-ooe.at

www.facebook.com/frauenreferatooe.at